

Halbzeit Medwedew: Eine innenpolitische Bilanz

von Prof. Dr. Eberhard Schneider

Am 7. Mai 2010 ist Dmitrij Medwedew zwei Jahre Präsident der Russischen Föderation. Was hat er in seinen ersten beiden Amtsjahren innenpolitisch erreicht?

In seinem ersten Bericht zur Lage der Nation am 5. November 2008 machte der Präsident zwölf Vorschläge zur „Weiterentwicklung der russischen Demokratie“, wie er sich ausdrückte, die inzwischen alle umgesetzt worden sind:

1. Die unter Medwedews Amtsvorgänger Wladimir Putin eingeführte Sieben-Prozent-Hürde, welche die Parteien überwinden müssen, wenn sie in das Parlament einziehen wollen, ist aufgelockert worden. Eine Partei, die zwischen 5 und 7 % der Stimmen bekommt, darf ab der nächsten Wahl in die Staatsduma ein oder zwei Abgeordnete entsenden.
2. Bei der nächsten Staatsdumawahl 2011 muss eine Partei, die zur Wahl antreten will, nur noch 150.000 Unterschriften nachweisen und bei der folgenden Wahl 120.000, nicht mehr wie bisher 200.000.
3. Die Regelung wurde abgeschafft, dass eine Partei vor der Wahl ein finanzielles Wahlpfand – bei der letzten Staatsdumawahl 2007 in Höhe von 60 Mio. Rubel (1,5 Mio. €) - hinterlegen muss, wenn sie von der Zentralen Wahlkommission zur Wahl zugelassen werden will.
4. Die Senatoren müssen Abgeordnete des Parlaments derjenigen Region sein, die sie im Föderationsrat vertreten, oder einer kommunalen Volksvertretung. Bisher war ihre demokratische Legitimierung nicht erforderlich.
5. Das Recht zur Aufstellung von Kandidaten für das Amt des Gouverneurs hat die stärkste Fraktion im jeweiligen regionalen Parlament. Nach der Abschaffung der direkten Gouverneurswahl 2004 durch Putin hatte bisher nur der Präsident das Recht, dem Regionalparlament den Kandidaten für die Wahl zum Gouverneur vorzuschlagen.
6. Für ihre Registrierung durch das Justizministerium muss eine Partei nicht mehr mindestens 50.000 Mitglieder nachgewiesen, sondern nur noch 45.000 und ab 2012 sogar nur 40.000.
7. Die Parteien müssen ihre Statuten ändern, damit das Personal in ihren Führungsämtern rotiert.
8. Die kommunale Volksvertretung kann den Bürgermeister aufgrund ihrer Initiative oder auf Initiative des Gouverneurs absetzen, wenn das Stadtoberhaupt schlechte Arbeit leistet.
9. Die in der Staatsduma vertretenen Parteien erhalten die gleiche Möglichkeit, monatlich in den Medien des staatlichen Verbunds der Fernseh- und Rundfunkanstalten (WGTRK) über ihre Tätigkeit zu berichten.

10. Der Premier ist verpflichtet, jeweils im ersten Halbjahr über die Tätigkeit seiner Regierung der Staatsduma zu berichten. Dieser Rechenschaftsbericht wird anschließend von den Abgeordneten diskutiert.
11. Die Staatsduma ist verpflichtet, der „Gesellschaftlichen Kammer“, in der rotierend NGOs vertreten sind, alle Gesetzentwürfe zukommen zu lassen. Die Mitglieder dieses Organs zur Beratung des Präsidenten haben das Recht, in der Staatsduma bis zu fünf Minuten zu sprechen, wenn Gesetzentwürfe behandelt werden, welche die bürgerlichen Freiheiten betreffen.
12. Ab den nächsten Wahlen wird die Legislaturperiode der Staatsduma um ein Jahr auf fünf und die Amtsperiode des Präsidenten um zwei auf sechs Jahre verlängert.

In seinem zweiten Bericht zur Lage der Nation am 12. November 2009 schlug Medwedew vor, die obigen Änderungen von der föderalen Ebene entsprechend auf die regionale Ebene zu übertragen. Mit der Umsetzung seiner Vorschläge wurde schon begonnen.

Während Premier Putin für die Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise steht, sieht Präsident Medwedew die Notwendigkeit einer umfassenden Modernisierung Russlands, auch im politischen Bereich. In seinem Offenen Brief „Russland, vorwärts!“, den er am 10. September 2009 zuerst in einer kritischen Onlinezeitung veröffentlichte, analysierte der Präsident schonungslos die Lage Russlands als „primitive Rohstoffwirtschaft“ und „chronisch korrupt“ mit der „alten Gewohnheit“, sich bei der Lösung von Problemen auf den Staat, das Ausland oder auf irgendetwas anderes, auf irgendwen anderen zu verlassen, nur nicht auf sich selbst. Die Qualität der demokratischen Institutionen ist „noch überaus weit entfernt vom Ideal“, und die „Zivilgesellschaft ist schwach“.

Bei der Reform des politischen Systems ist Medwedew für ein schrittweises Vorgehen, denn seine Gegner, die er im letzten Absatz seines „Offenen Briefes“ nennt, - „einflussreiche Gruppen käuflicher Beamter und nichts unternehmende Unternehmer“ - seien gut organisiert. „Sie haben alles..., aber die Zukunft gehört nicht ihnen“.

Medwedew, der bisher zum Kommando Putins gehörte, gewann inzwischen eine unabhängige Reputation. Das Kräfteverhältnis der Konservativen, die Putin zugerechnet werden, zu den Liberalen, denen eher Medwedew zuzuordnen ist, wird von Kremlinsidern auf 70:30 geschätzt.

Medwedew kann seine Politik nur durchsetzen, wenn er über ein eigenes Kommando verfügt. Schrittweise versucht er, dieses auszubauen. Seine Anhänger, die er meistens während seiner juristischen Lehrtätigkeit in St. Petersburg von 1990 bis 1999 kennen gelernt hatte, haben heute wichtige juristische Positionen inne. Das ist für den Präsidenten und das Land wichtig, denn Medwedews oberstes Ziel ist es, aus Russland einen Rechtsstaat zu machen. Medwedews Lager können zugerechnet werden: der Vorsitzende des vor allem für Steuerangelegenheiten zuständigen Obersten Arbitragegerichts (Anton Iwanow), der Stellvertretende Vorsitzende des Verfassungsgerichts (Sergej Mawrin), der Direktor des Föderalen gerichtlichen Begnadigungsdienstes (Artur Parfentschikow), der Vertreter des Präsidenten im Obersten Qualifikationskollegium der Richter, das über deren Berufung entscheidet (Sergej Dubik), Justizminister Alexander Konovalov, der Vorsitzende des Staatsdumakomitees für Staatsbürgerschaft sowie für Straf-, Arbitrage- und Prozessgesetzgebung (Pawel Kraschtscheninnikow) und Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka. Medwedew ist auch der Föderationsratsvorsitzende, Sergej Mironow, zuzuordnen und die Partei „Gerechtes Russland“, die dieser leitet. In der Wirtschaft setzen auf Medwedew die

kleinen und mittleren Unternehmer, nicht die Rohstoffwirtschaft und die Großindustrie, die in Putin den Vertreter ihrer Interessen sehen.

In ihren Interviews erklärten in den letzten Monaten wiederholt sowohl Medwedew als auch Putin ihr Interesse an einer Präsidentenkandidatur 2012 und betonten, dass sie sich vorher einigen werden, wer von beiden dann tatsächlich antritt. Sie schlossen aus, dass sie gegeneinander kandidieren werden. Es sollte – so ihre Äußerungen - derjenige von ihnen sich um das Präsidentenamt bewerben, der zur Zeit der Kandidatenaufstellung – und das dürfte 2011 sein – die meiste Zustimmung bei der Bevölkerung findet. Bei der K-Frage geht es nicht nur um die beiden Kandidaten, sondern auch und vor allem um ihre unterschiedlichen Politiken, für die beide stehen. Zwischen ihnen gibt es durchaus einen Konflikt, der aber durch die eiserne Disziplin des Kreml und des Weißen Hauses, des Regierungssitzes, unter der Decke gehalten wird.

Medwedew gibt zur Hälfte seiner Amtszeit zunehmend seine Vorsicht und Ängstlichkeit auf. Wenn seine Modernisierungspolitik nicht schon zu Beginn scheitert und wenn es in Russland nicht zu einer Katastrophe kommt, dürfte Putin Medwedew 2012 für das Präsidentenamt kandidieren lassen. Wenn Putin das nicht täte, würde er vor aller Welt Medwedew und die auf ihn ausgerichteten Elitegruppen demütigen, denn jeder weiß, dass eine zweite Amtszeit Medwedews von der Verfassung her erlaubt wäre. Es ist wohl anzunehmen, dass Medwedew vor seiner erneuten Kandidatur damit beginnt, das gegenwärtige präsidentiale Regierungssystem in Richtung eines parlamentarischen Regierungssystems zu verändern mit einem kompetenzmäßig deutlich gestärkten Regierungschef, der dann wieder Putin heißen dürfte.

Bemerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Chefredakteur von „Russland intern aktuell“ und Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel.